



Ausschuss für Kommunalpolitik

11. Sitzung (öffentlich)

7. Dezember 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss nimmt die Tagesordnung gemäß Einladung
E 16/139 an.

1 Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/127

Ausschussprotokoll 16/78

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN wird der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/127 angenommen; ein entsprechendes Votum wird dem federführenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übermittelt.

- 2 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Vierten Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – SGB XII (Zuständigkeitsverordnung SGB XII – ZustVO SGB XII) 8**

Vorlage 16/414

Die Anhörung des Ausschusses zu diesem Verordnungsentwurf ist damit erfolgt; das werde der Landesregierung entsprechend übermittelt.

- 3 Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Paderborn/Lippstadt (Fluglärm-schutzverordnung Paderborn/Lippstadt – FluLärmVO) 9**

Vorlage 16/413

in Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Paderborn/Lippstadt zur Vorlage 16/413

Vorlage 16/417

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss der Lärmschutzverordnung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 4 NKF-Gesamtabschluss – Die Landesregierung muss endlich Transparenz schaffen und ihre rechtswidrige Duldungspraxis beenden 10**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1472

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1591

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/1591 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU ab.

Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1472 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

5 Die Landesregierung muss endlich ihre Hinhaltenaktik aufgeben und für Klarheit, Transparenz und Rechtssicherheit im Stärkungspakt sorgen **15**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1476

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Antrag der CDU Drucksache 16/1476 wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN abgelehnt.

6 Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen ausbauen – Fernverkehr verbessern **25**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1474

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

7 Mehr Flexibilität in den Offenen Ganztage im Primarbereich **28**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1473

Der Ausschuss kommt nach kurzer Verständigung überein, mit Blick auf eine eventuell geplante Anhörung die Beratung des Themas zu schieben.

**8 Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen – Betten-
steuern NRW jetzt endgültig Geschichte 29**

Bericht
der Landesregierung

Auf Antrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2012

**9 Gesetz zur Regelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung in
Nordrhein-Westfalen 30**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1435

Der Ausschuss beabsichtigt, an der vom federführenden
Rechtsausschuss beschlossenen Anhörung nachrichtlich
teilzunehmen.

10 Verschiedenes 31

**10.1 Vorratsbeschluss über eine Anhörung zum Gemeindefinanzierungs-
gesetz 2013 31**

Der Ausschuss fasst den Beschluss, nach Einbringung des
Gemeindefinanzierungsgesetzes 2013 im Plenum eine An-
hörung dazu am 18. Januar 2013 durchzuführen.

10.2 Gespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände 32

Der Ausschuss plant ein etwa einstündiges Gespräch mit
Vertretern der kommunalen Spitzenverbände für den 11. Ja-
nuar 2013 in der Zeit von 09:00 bis 10:00 Uhr.

10 Verschiedenes

10.1 Vorratsbeschluss über eine Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2013

Der Ausschuss fasst den Beschluss, nach Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2013 im Plenum eine Anhörung dazu am 18. Januar 2013 durchzuführen.

